

# Paderborner Perspektiven

Von Maike Stahl



## Falscher Zeitpunkt

Wer sich gewünscht hatte, dass zumindest einer der dicken Brocken, die die Stadt Paderborn seit Jahren beschäftigt, vor Weihnachten auf einen guten Weg gebracht ist, sieht sich eines Besessenen belehrt. Mit CDU, SPD und Linksfraktion haben zwar mehr als zwei Drittel der Ratsmitglieder am 15. November für den Bau eines neuen Stadthauses am Marienplatz, die Sanierung der vorhandenen Gebäudeteile A und B am Abdinghof sowie die Erneuerung des Marienplatzes, des Franz-Stock-Platzes und des Parkplatzes gestimmt.

Doch die mit ihrem Antrag auf ein Ratsbürgerbegehren gescheiterten Alexander Senn (FDP), Stephan Hoppe (Für), Hartmut Hütemann (FBI) und Johannes Knaup (LKR) wollen nun ein Bürgerbegehren anstrengen. Ihre Kritik bezieht sich vor allem auf den geplanten Abriss der maroden Gebäudeteile C und Ca an der Ecke Abdinghof/Marienplatz und den geplanten Neubau. 50 Millionen Euro seien dafür trotz der in Aussicht stehenden Landesförderung von gut 9 Millionen Euro zu viel. Deshalb sollen die Bürger nun entscheiden, ob die neue Ver-

waltung ihnen eine Investition in dieser Höhe wert ist.

Mehr Demokratie wagen, die Bürger einbinden – das klingt gut. Und manch einer, der die Architektur des Siegerentwurfs nicht so gelungen findet, freut sich schon darauf, sein Kreuz zu machen. Doch genau da ist auch der Knackpunkt. Welchen Erkenntnisgewinn bringt das angestrebte Bürgerbegehren? Ist denjenigen, die mit Nein stimmen würden, falls die Initiatoren die erforderlichen 6000 Unterschriften für das Begehren zusammentragen können, der Bau wirklich zu teuer oder gefällt er ihnen nur nicht? Können sie beurteilen, ob die Baukosten im Rahmen liegen oder nicht? Können sie die Folgen ihrer Entscheidung realistisch abschätzen?

Das dürfte schwierig werden. Denn eine Alternative gibt es nicht. Die Umsetzung des zweiten Preises im Architektenwettbewerb würde sogar noch teurer werden. Wenn der Neubau am Bürgervotum scheitern sollte, ist überhaupt nicht klar, ob auch nur ein Euro gespart würde. Klar wäre aber, das einiges Geld, das in den Architekturwettbewerb und die bisherigen Planungen investiert wor-

den ist, in den Sand gesetzt worden wäre.

Für den Architekturwettbewerb, der den Abriss der Gebäudeteile C und Ca und den Neubau zum Inhalt hatte, haben am 22. Juni 2017 übrigens alle Ratsmitglieder gestimmt. Denn spätestens mit der Standortentscheidung am 30. Juni 2016 mit 37 Ja-Stimmen von CDU, FDP, ALFA (heute: LKR) und FBI war klar, dass der Verwaltungsstandort am Abdinghof gestärkt und zu einem Bürgerzentrum ausgebaut werden soll. Die Konsequenz der damaligen Entscheidung, die übrigens alle Initiatoren des jetzt angestrebten Bürgerbegehrens unterstützt haben, tragen heute interessanterweise neben der CDU die unterlegene SPD und Linksfraktion mit. Die SPD war damals zusammen mit Grünen und DIP (heute Linksfraktion) auch mit dem Ansinnen eines Ratsbürgerentscheides gescheitert, hat das Votum aber akzeptiert.

Ein Bürgerentscheid ist völlig unbestritten ein wichtiges und gutes Mittel der Demokratie. Wirksam gewesen wäre es aber eher, als es um die Standortentscheidung ging. Denn dazu hätte sicherlich jeder Paderborner gut etwas sagen können, zumal es zwei Alternativen gab, die beide intensiv öffentlich diskutiert worden waren.

Nichtsdestotrotz muss die Verwaltung das Ansinnen nun nach Kräften unterstützen. Nicht nur, um sich nicht angreifbar zu machen, sondern vor allem, um den Paderbornern eine möglichst gute Entscheidungsgrundlage zu bieten, falls tatsächlich 6000 Paderborner den Entscheid wollen.